



Claudia Müller  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Chancen und Risiken der Digitalisierung für den ländlichen Raum

Wir leben in einer Zeit, in der wir uns eine Kommunikation ohne Internet, Smartphones, Apps oder auch Social Media kaum noch vorstellen können. Die Art und Weise wie wir heute kommunizieren, produzieren, uns vernetzen, wie wir uns mobil fortbewegen und auch konsumieren hat sich bereits elementar verändert. Wir sind in einem tiefgreifenden Wandel namens »Digitalisierung«.

Die Digitalisierung bringt einschneidende Veränderungsprozesse in der gesamten Kommunikationsweise mit sich, im Produktionssektor und Dienstleistungssektor aber auch im marktwirtschaftlichen Wettbewerb und schlussendlich im sozialen Bereich. Für den ländlichen Raum ist dieser Prozess von entscheidender Bedeutung. Die Veränderungen durch den demografischen Wandel und sich daraus ergebenden Infrastrukturanpassungen verschärfen aktuell die Unterschiede zwischen Städten und dem ländlichen Raum. Wir erleben aktuell, dass Infrastrukturmaßnahmen eher zur Vergrößerung dieser Unterschiede beitragen. Der prinzipielle Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in dörflichen und urbanen Lebensräumen ist nicht sichergestellt. Das bezieht sich auf die Gesundheitsversorgung, Dienstleistungen der Behörden und des Handels, die Bildungsversorgung wie auch die Teilhabe an Kultur, Sport, Freizeitangeboten und gesellschaftlichen Veranstaltungen.

Mit der Digitalisierung besteht die Chance, Versorgungslücken zu schließen, oder zumindest deutlich zu verkleinern und die Attraktivität des ländlichen Raumes zu erhöhen.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert  
durch die



Arbeit und Leben  
Mecklenburg Vorpommern e.V.



Claudia Müller  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**THESE:** Digitalisierung ist eine Gestaltungsmöglichkeit für die Zukunft des ländlichen Raumes und Voraussetzung für den Erhalt der Chancengleichheit zwischen ländlichen und städtischen Räumen.

Es gibt unterschiedliche Gründe seinen Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum zu haben: freiwillige, wie z. B. saubere Luft, das Naturerleben, der Freiraum, die Ruhe – für Erwachsene und Kinder. Wo sonst lernen Kinder noch, dass Gemüse im Garten wächst, abgewaschen und geputzt wird, bevor es auf dem Teller landet. Aber auch weniger freiwillige Entscheidungen, z. B. um sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern, den Hof oder den kleinen Betrieb der Familie weiter zu führen – kurz: aus Verantwortungsbewusstsein heraus. Für alle Menschen im ländlichen Raum, unabhängig von der Motivation, müssen prinzipiell die **gleichen Chancen (Chancengerechtigkeit)** für eine selbstbestimmte Zukunft vorhanden sein, wie für die Menschen aus dem städtischen Raum. Dazu kann Digitalisierung beitragen.

Wir fangen nicht bei Null an: Ob in der Arztpraxis der vor Ort fehlende Facharzt mittels Videoübertragung dazu geschaltet wird oder die per App aufgegebene Lebensmittelbestellung durch den Postboten geliefert wird es gibt bereits viele erfolgreiche Beispiele für digitale Anwendungen, die da ansetzen, wo die regionale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum Lücken aufweist.

Auch für die Sicherstellung der Teilhabe an Bildungsangeboten sind gute Beispiele bekannt. Das Projekt »**Onleihe MV**« ist eine digitale Plattform der Bibliotheken, hier in MV durch die Fachstelle der Bibliotheken getragen. In dieser »Digitalen Bibliothek« stellen Bibliotheken aus ganz Deutschland ca. 60 000 E-books, E-papers, Videos mit unterschiedlichen Nutzungslizenzen zur Verfügung, die von den Kunden heruntergeladen werden können.

E-Learning und Fernakademien können zur Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit im Ausbildungssektor wesentlich beitragen. Seit März diesen Jahres läuft ein entsprechendes Pilotprojekt des Landes zusammen mit beruflichen Schulen in der Mecklenburgischen Seenplatte.

Die tatsächlichen Möglichkeiten der Digitalisierung werden bisher jedoch bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Wir GRÜNE stellen uns z. B. eine App vor, die alle verfügbaren öffentlichen Verkehrsangebote mit den zusätzlichen Initiativen der Bürger (Stichwort Bürgerbus) und Institutionen, wie Hotelshuttles, verknüpft. Dies würde vieles erleichtern für alle Bewohner, die nicht selbst fahren können. Erst recht,



Claudia Müller  
Mitglied des Deutschen Bundestages

wenn diese App auch von Privatautofahrern genutzt würde, um ihre Privatfahrt kurzfristig potentiellen Mitfahrern anbieten zu können. Uns ist bewusst, dass nicht an jedem Haus ein Bus im 10-Minuten Takt vorbeifahren kann, die Möglichkeiten der Vernetzung können aber helfen, Mobilität für alle zu sichern.

Bürgerinnen und Bürger erwarten heute zu Recht, dass sie bei Verwaltungs- / und Behördenangelegenheiten durch Online-Angebote unterstützt werden, von der Steuererklärung über das Ausfüllen von Formularen bis hin zum Stellen von Anträgen für Ausweispapiere. **Smarte (Digitale) Verwaltung** nennt sich das.

In Schleswig-Holstein sollen die Bewohnerinnen und Bewohner in etwa einem Jahr online den Personalausweis verlängern oder auch das Kindergeld beantragen können.

In einer Digitalisierungsstrategie für Schleswig-Holstein hat Minister Robert Habeck (Grüne) diese Zielstellung formuliert.

Diese Verbesserung ist natürlich auch in Ballungszentren erwünscht, aber für den ländlichen Raum noch einmal stärker notwendig, weil der An- und Abfahrtsweg zu Behörden entfallen kann und gerade die Mobilitätsdefizite im Ländlichen Raum damit ausgeglichen werden.

Auch für die Wirtschaft/Landwirtschaft bringt die Digitalisierung Verbesserungen:

Wenn die EU beispielsweise von Landwirtinnen und Landwirten verlangt, dass Fördermittelanträge online auszufüllen sind, wird das nur mit der entsprechenden Infrastruktur möglich. Das ist praktisch und zeitsparend, wenn die Daten vor Ort im Betrieb eingegeben werden können. Programmgesteuerte Prüfungen kontrollieren die gemachten Angaben auf Plausibilität. Fehlt eine Internetverbindung oder ist diese zu langsam für die großen Datenmengen mit Raumbezug, müssen die Antragsteller einen Termin beim Landwirtschaftsamt vereinbaren, um dort gemeinsam die Formulare zu bearbeiten.

Da wären wir schon beim Punkt: die Digitalisierung kann die Attraktivität der Klein- und Mittelständischen Wirtschaftsbetriebe im ländlichen Raum stärken.

**THESE: Digitalisierung ist Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der klein- und mittelständischen Betriebe - und damit von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum:**

Digitale Anwendungen und auch die fortschreitende Digitalisierung haben ein hohes Potential für die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft, sei es z. B. in der Gesundheitswirtschaft, Stichwort: Telemedizin.



Claudia Müller  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Oder in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Zum Beispiel die Grafikdesignerin, die in dörflicher Umgebung ihre Bilddateien erzeugt und dann für die Versendung an den Kunden schnelle Internetverbindung mit hohem Datenvolumen benötigt.

Natur zieht künstlerische Menschen an, so entstanden am Ende des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert Künstlerkolonien. Diesen kreativitätsfördernden Raum gilt es jetzt mit dem interessierten Publikum/Kunden zu vernetzen.

**Smart Shopping** gekoppelt mit intelligenten Lieferkonzepten ist ein Beispiel dafür, wie die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung gleichzeitig einen Wandel der Branche bedeutet und die Wettbewerbsfähigkeit steigert. (Auch Smart Logistics genannt). Anstatt mehrere Lieferdienste die gleiche Strecke fahren lassen, können abgestimmte Touren und »Tauschplätze« Energie, Wege und Zeit sparen und so auch entlegene Orte anschließen.

**Smart Produzieren** mit optimiertem Energie- und Ressourcenverbrauch stellt die zukunftsfähige Variante im Bereich der produzierenden Wirtschaft dar und ist geradezu von existentieller Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit gerade der Klein- und mittelständischen Betriebe. Wie können Materialreste dem Produktionskreislauf wieder zugefügt werden, welche Möglichkeiten von Kraft-Wärme-Kopplung bestehen, wie lässt sich der Energieverbrauch optimieren und so letztendlich Geld sparen.

Wir GRÜNE sehen die Digitalisierung als »**Innovations- und Nachhaltigkeitsmotor**« und daher gilt für uns: »Der Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Teilhabe als Teil sozialer Gerechtigkeit ist der zentrale Treiber für den Wohlstand von morgen«.

Gleichzeitig ist es der digitale Wandel auch Herausforderung, einmal technischinfrastrukturell, aber auch für die Zivilgesellschaft, die eine rasante Umstellung in fast allen Lebensbereichen meistern muss. **Dabei wollen wir niemanden abhängen.**

**THESE:** Die Sicherstellung der technischen Infrastruktur ist zwingend für die Umsetzung des digitalen Wandels:



Claudia Müller  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Es fehlt immer noch das Bewusstsein dafür, dass eine gute Internetanbindung nicht nur die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist, sondern auch für eine erfolgreiche Wirtschaft. Geringe Bandbreiten gefährden nicht nur das Skype-Telefonat mit Oma an ihrem Geburtstag, sondern auch den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmerinnen und Unternehmern, die auf eine stabile Bandbreite angewiesen sind.

Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat in ihrem Positionspapier »**Schnelles Internet – überall**« ein klares Ziel ins Auge gefasst: Wir wollen erreichen, dass bis 2021 75 Prozent aller Haushalte mit Glasfaseranschlüssen versorgt und die restlichen 25 Prozent mit mindestens 50 Mbit/s angeschlossen sind.

Deshalb wollen wir die Telekom-Aktien im Bundesbesitz im Wert von rund 10 Milliarden Euro über einen Vermögenstausch an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) veräußern und dieses Geld in den Ausbau des schnellen Internets stecken. Dabei soll der Schwerpunkt auf Glasfaser liegen – wir wollen nicht länger öffentliche Gelder in Brückentechnologien auf der Basis von Kupferkabeln stecken. Aktuell sind die Förderprogramme so ausgelegt, das Kupfer ausreicht. Diese Technik ist jedoch nicht zukunftsfähig. Ein flächendeckendes Fiber-To-The-Building/Home-Netz (FTTB/H-Netz) würde nach Berechnungen des Wissenschaftlichen Instituts für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK) ab 2015 Investitionen von circa 45 Milliarden Euro erfordern. Mit drei Milliarden im Jahr ist dieses Ziel bis 2030 zu erreichen. Die 10 Milliarden EUR, die bereits in den Jamaikasondierungen vereinbart waren, wären ein erster großer Schritt auf diesem Weg gewesen. Jedoch auch bei der Digitalisierung gilt: Bedenken nicht erst second. Problemen und Ängsten müssen sich Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv stellen.

**THESE: Auch die Unternehmen stellt die Digitalisierung vor große Herausforderungen, wie die Modifizierung der Unternehmensstrukturen, veränderte Unternehmenskommunikation und kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiter ausreichend qualifiziert werden.**

Besonders die mittelständischen Unternehmen haben in der Zukunft immense Herausforderungen zu bewältigen, neben dem demografischem Wandel, dem Fachkräftemangel, der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft und der Energiewende muss auch die Digitalisierung gemeistert werden. Andererseits sind die KMUs darauf angewiesen, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen.



Claudia Müller  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wenn ein Unternehmen auf digitalisierte Technologien umstellt und die Mitarbeiter entsprechend fortbildet, kann das auch eine Zukunftsinvestition für das Unternehmen sein. Durch die Ablösung der körperlichen Arbeit mittels Technologieinsatz könnten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **länger** im Unternehmen verbleiben (Stichwort altersgerechte Arbeitsplätze) und dem Unternehmen bleibt wichtiges Erfahrungswissen erhalten. Gleichzeitig entstehen **hochwertigere** Arbeitsplätze. (Stichwort Zufriedenheit der Mitarbeiter).

Auch die Frage der dauerhaften **Verfügbarkeit und Mehrarbeit** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Umgang damit müssen diskutiert und geklärt werden. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit, sowie zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung können verschwimmen. Es muss ein fairer Umgang von beiden Seiten erreicht werden. Bei den Arbeitsplätzen wird neben Arbeitsort und Arbeitszeit auch **Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung stärker zum Thema werden**. Das schafft neue Freiräume und bringt die Chance für eine humanere, familienfreundlichere und ökologischere Arbeitswelt, aber es birgt auch Risiken. Ziel sollte sein, die Digitalisierung zu nutzen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn das im Unternehmen gelingt, steigt damit die Attraktivität des Unternehmens. Neue Kommunikationsformen müssen bei Mitarbeitern, aber auch Kunden eingeführt werden. Wie integriert man Social Media in die **Unternehmenskommunikation**? Wie passt das zum Inhalt des Unternehmens, zu seiner bisherigen Außenwirkung?, etc. All das sind strategische Fragen, die im Unternehmen diskutiert werden müssen und bei denen alle Beteiligten mitgenommen werden müssen. Politik muss auf diese neuen Herausforderungen Antworten finden, um einen fairen Wettbewerb und einen bestmöglichen Interessensausgleich zwischen Beschäftigten und Unternehmen zu sichern. Gerade für Menschen in kleinen und Kleinstbetrieben ist es Aufgabe der Politik einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der sie vor(Selbst)Ausbeutung schützt.

Einerseits muss **Innovation und der digitale Umbau** der Unternehmen gefördert werden. Andererseits müssen geltende **Sozial- und Arbeitsstandards für die digitale Arbeitswelt weiterentwickelt und das Recht auf informelle Selbstbestimmung** mit einem effektiven Beschäftigungsdatenschutz ausgebaut werden. Hier kommt den Sozialpartnern eine besonders wichtige Rolle in der Gestaltung dieses Digitalisierungsprozesses zu.

Unsere Politik muss einen Rahmen schaffen, der sowohl den Unternehmen, als auch den Beschäftigten ermöglicht, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, daher stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt dieses Prozesses.



Claudia Müller  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Neben der Sicherstellung des primären Ausbaus der technischen Infrastruktur ist es deshalb wichtig, eine Digitalisierungsstrategie für das Land zu konzipieren, die konzeptionell den Ausbau der Infrastruktur und die inhaltlichen Zielstellungen zusammenfasst und die regionalen Besonderheiten berücksichtigt, das ganze Land MV im Blick hat, alle gesellschaftlichen Bereiche betrachten, also Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Dienstleistung, etc.**

**In der Konzeption sollte auch die Stärkung der Medienkompetenzen verankert sein, um die Teilhabe aller zu gewährleisten.**

Und letztendlich kann die Digitalisierung allein Ländliche Räume nicht anziehend machen. Trostlosigkeit kann man nicht wegdigitalisieren. Das bedeutet: Es müssen immer Aktive und Engagierte vor Ort sein, die an bestehende Strukturen (Vereine, Initiativen etc.)

anschließen können und solche Projekte tragen, damit sie funktionieren. Die Digitalisierung kann nur unterstützen was vor Ort vorhanden ist, diesen Raum vergrößern, aber nichts neu schaffen.

**Insofern ist Digitalisierung ein Baustein einer umfassenden Entwicklungsstrategie für ländliche Räume.**

**Für MV muss das Ziel sein:**

Wir müssen mit allen Akteuren die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Chancen der digitalisierten Arbeitswelt allen Branchen von der Industrie über Dienstleistungen bis hin zum Handwerk, nicht nur den großen Playern sondern auch dem **Mittelstand und natürlich den Menschen** zugutekommt.

Oben genannte Maßnahmen sind in Länderverantwortung. Auf Bundesebene müssen natürlich weiterhin **Modellprojekte gefördert** werden: Das ist nach wie vor wichtig, bisher ist die Nachhaltigkeit solcher Förderprogramme aber zu gering, weil die Förderzeit meist sehr *begrenzt* ist:

Die Landesregierung hat durch ein Bundesprogramm geförderte Modellregionen für regionale Daseinsvorsorge, »Stettiner Haff« und »Peenetal/Loitz« jetzt integriert in das Landeskonzept »Ländliche Gestaltungsräume«. Die interministerielle Arbeitsgruppe konzipiert ein regionales Entwicklungsprogramm, welches Raumordnung, Landwirtschaft und aber auch Kultur/Bildung zusammen denkt.

Die Integration der Modellregionen in das neue Konzept ist ein gutes Beispiel, um die nachhaltige Wirksamkeit der initiierten Projekte zu prüfen.



Claudia Müller  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Viele Lösungen sind vielversprechend, aber auch immer Einzelfalllösungen. Wir sind noch weit von einem strukturellen Ansatz entfernt, der diese Lösungen auf andere Regionen übertragen könnte. Erst einmal müssen sich die Projekte auch über den Förderzeitraum hinaus beweisen und von den Menschen angenommen werden. Die Verstetigung solcher Maßnahmen muss daher mitgedacht werden, um die guten Ansätze fortzuführen.

Ein wichtiger Ansatz auf der Bundesebene ist auch unsere Initiative für eine »**Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge (GRD)**«, analog der GRW und GAK mit dem Ziel der Förderung allgemeiner Infrastrukturen, besonders für Gesundheitsvorsorge und Mobilität, in Kommunen bei Kostenteilung mit den Bundesländern. Auch dies war in einer möglichen Jamaika-Koalition angedacht. Dabei soll Förderung für besonders strukturschwache Gebiete und Stadtviertel ermöglicht werden. Kriterien könnten Infrastrukturausstattung oder soziale Indikatoren sein. Damit wären beispielsweise Kommunen in Vorpommern wie auch im nördlichen Ruhrgebiet förderfähig, ebenso wie Vororte der Ballungsräume. Die Förderung soll auch mit EUMitteln und sonstigen Programmen wie Städtebauförderung sowie GRW und GAK (Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz) verzahnt werden können. Analog der Modellregionen würden die Menschen in den betreffenden Gebieten beteiligt werden.

### Zum Schluss noch ein Ausblick:

Digitalisierung muss in **Zusammenhang mit Raumordnung** gesehen werden. Wenn wir in digitalen Räumen denken, (anknüpfend an die Zentrale-Orte-Struktur) verändern sich z. B. Produktions-Konsumtionswege, ggf. auch Produktions-Konsumtionszusammenhänge aber auch Kommunikationswege u. a. Digitalisierung darf nicht nur Lücken schließen bei der Versorgung im ländlichen Raum oder als Notwendigkeit für die Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden, sondern sollte ein Instrument sein, welches den ländlichen Räumen neuen Schwung verleihen kann. Da steckt die Politik aber noch in den Kinderschuhen. Es könnten aber die Ziele sein, die sich Politik an diesen Prozess stellt, der so tiefgreifend unser aller Leben verändert.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Müller, MdB

